

# BRIEF AUS BERLIN



Nr. 5 | 28. Januar 2022

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Leserinnen und Leser,

mit dem folgenden Brief aus Berlin möchte ich Ihnen zu Ihrer freundlichen Information eine Übersicht zu den Neuigkeiten sowie inhaltlichen Debatten im Rahmen der ersten Sitzungswoche im neuen Jahr aus dem Deutschen Bundestag vom **24. Januar bis 28. Januar 2022** geben.



## – Die Politische Lage in Deutschland –

### Transatlantischer Schulterschluss und Solidarität mit der Ukraine.

Die **CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die intensiven Bemühungen** der US-Administration und der NATO für eine starke gemeinsame Antwort auf Russlands aggressives Verhalten. Für uns ist klar, dass die territoriale Integrität der Ukraine nicht verhandelbar ist. Die Uneinigkeit und das Zögern der Ampel-Koalition z.B. bei Unterstützungsleistungen für die Ukraine zur Selbstverteidigung dürfen das Verhältnis zu unseren Bündnispartnern nicht weiter belasten. Die SPD ist in der Frage des Verhältnisses zu Moskau gespalten und das erweist sich spätestens jetzt als drängendes Problem. Deutschland sollte im engen transatlantischen Schulterschluss eine tragende Rolle in der NATO anstreben und seinen Worten auch Taten folgen lassen. Unsere außenpolitische Glaubwürdigkeit hängt davon ab.

### Unser Einsatz für verfassungskonforme öffentliche Haushalte.

Die **Ampel-Koalition setzt auch Deutschlands haushaltspolitische Glaubwürdigkeit leichtfertig aufs Spiel**. Diese Woche wurde der Nachtragshaushalt verabschiedet. Mit zweckgebundenen Kreditermächtigungen aus der Corona-Pandemie sollen nun teure Ampel-Versprechen finanziert werden. Solide, seriöse und nachhaltige Haushaltsführung geht allerdings anders. Viele Gespräche mit Verfassungsrechtlern haben uns in der Ansicht gestärkt – **dieser Nachtragshaushalt ist nicht verfassungsgemäß**. Deshalb werden wir uns im Rahmen einer abstrakten Normenkontrolle beim Bundesverfassungsgericht für unsere haushaltspolitischen Überzeugungen einsetzen, damit auch künftige Generationen finanzielle Spielräume haben.

## **Eklatante Führungsschwäche der Bundesregierung in Pandemie.**

**Dominierend war diese Woche eindeutige die Debatte um die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht. Bereits jetzt zeigt die Bundesregierung der Pandemie eine eklatante Führungsschwäche.** „Nichts Genaues weiß man nicht.“ - So könnte das Motto der Ampel-Koalition auch nach einer Woche voller Austausch und intensiven Debatten lauten. Deutschland leidet unter der sogenannten Omikron-Welle. Die Infektionszahlen erreichen deutschlandweit immer neue Höchststände. Dies schlägt beispielsweise im Aussetzen des Präsenzunterrichts an manchen Schulen in der Bundeshauptstadt Berlin schon jetzt nieder. Mit großer medizinischer Sicherheit ist es die Impfung, die uns vor noch bedrohlicheren Zahlen auf Deutschlands Intensivstationen bewahrt. In einem solchen Moment wäre politische Führung gefordert. Wir brauchen jetzt endlich Klartext bei Impfkampagne, Impfpflicht und Impfregerister.

Im Grundsatz begrüße ich es, dass der Deutsche Bundestag aufgrund der besorgniserregenden pandemischen Lage nun auch eine klare Entscheidung darüber treffen will, ob eine allgemeine Impfpflicht für alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland gelten soll. Aufgrund des verheerenden Infektionsgeschehens hat sich im vergangenen Jahr in weiten Kreisen der Politik ein Meinungsumschwung in Bezug auf die Impfpflicht vollzogen. Bedauerlicherweise ist durch diesen Umstand bei vielen Menschen der Eindruck einer unbeständigen und unschlüssigen Politik entstanden. Deshalb braucht es in Bezug auf die Impfpflicht nun so bald wie möglich eine klare Entscheidung von dauernder Gültigkeit.

Es ist nun die Pflicht der Bundesregierung in dieser Debatte eine einheitliche Haltung anzunehmen. Bisher ist von dieser Seite allerdings noch keine konkrete Gesetzesvorlage in den Deutschen Bundestag eingebracht worden. Da mir bisher noch kein Entwurf für ein Gesetz zur allgemeinen Impfpflicht vorliegt, kann ich auch keine pauschale Aussage darüber treffen, ob ich ein solches befürworte. Meine Zustimmung zu einer allgemeinen Impfpflicht in Deutschland hängt in erster Linie von der Ausgewogenheit und Klarheit des entsprechenden Gesetzesentwurfs und der zugrundeliegenden gesetzlichen Regelungen ab. Zum derzeitigen Zeitpunkt sind in Bezug auf die Thematik jedoch noch etliche Fragen offen. Beispielsweise bleibt zu klären, wie eine allgemeine Impfpflicht umgesetzt und wie diese letztlich kontrolliert werden sollte. In Deutschland gibt es aktuell kein allgemeines Impfregerister, wie beispielsweise in unserem Nachbarland Österreich. Ohne diese ganz grundsätzlichen Fragen im Vorfeld nicht ganz konkret beantworten zu können, kann meiner Meinung keine Entscheidung getroffen werden. Daher sehe ich es als klare Verpflichtung der Bundesregierung, sich in dieser Debatte nun mit einer klaren Haltung zeitnah zu positionieren.

## – Die Woche im Parlament –

### 1. Initiativen unserer CDU/CSU-Fraktion

#### Die deutsche G7-Präsidentschaft nutzen – in schwierigen Zeiten Führung zeigen.

Deutschland hat am 1. Januar 2022 die G7-Präsidentschaft übernommen. Die Erwartungen an Deutschland, sich aktiv und mit dem gesamten Instrumentenkasten – diplomatisch, humanitär, entwicklungspolitisch und militärisch – einzubringen und Fortschritte auf Basis der Beschlüsse des letzten G7-Gipfels in Cornwall zu erreichen, sind stetig gestiegen. Deshalb haben wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Antrag eingebracht, womit wir mehrere notwendige Forderungen an die neue Bundesregierung stellen: Die bevorstehende G7-Präsidentschaft muss genutzt werden, um die G7 als Zusammenschluss demokratischer Staaten gegenüber den Anfeindungen und Angriffen autoritärer Staaten und Ideologien zu stärken. Wir erwarten von der Ampel, dass sie die G7 als Kern einer weltweiten „Allianz der Demokratien“ ausbaut und in diesem Sinne an die erfolgreiche G7-Präsidentschaft des Vereinigten Königreichs anknüpft.

#### Vermarktung regionaler Lebensmittel stärken – Agrarexporte ausbauen.

Die Land- und Ernährungswirtschaft in Deutschland erzeugt eine Bruttowertschöpfung von rund 194 Milliarden Euro im Jahr. Allein ein Drittel der Gesamtproduktion der deutschen Landwirtschaft – in der Regel verarbeitete und veredelte Nahrungsmittel und Ernährungsgüter – wird exportiert. 75 Prozent der Exporte gehen in EU-Mitgliedstaaten. Auch hier haben wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion konkrete Forderungen in Form eines Antrags die Bundesregierung gerichtet, um den Absatz regionaler Agrargüter zu steigern, Agrarexporte zu stärken und die Exportmöglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen auszubauen. Es soll eine nationale Agrar-Marketingagentur geschaffen werden. Diese soll die heimische regionale Agrarwirtschaft im In- und Ausland noch bekannter machen, Agrarmarketingagenturen der Bundesländer unterstützen und die Leistungen der Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft in Deutschland öffentlichkeitswirksam darstellen. Zudem soll der Agrarexport als wichtige Säule der Agrarwirtschaft anerkannt und unterstützt werden. Mir liegt die Unterstützung der heimischen Landwirtschaft sehr am Herzen, denn sie leistet grundlegend Wichtiges in Bezug auf die Gewährleistung unserer Nahrungssicherung. Außerdem kommt unserer heimischen Landwirtschaft eine essentielle Rolle bei der Pflege unserer so schönen und geschätzten Naturlandschaft zu. Gerade im Freistaat Bayern sind wir stolz auf unser Land. Deshalb müssen wir meiner Meinung nach die Landwirtinnen und Landwirte bei der Vermarktung ihrer hochwertigen Lebensmittel noch gezielter unterstützen.

#### Saatgutvielfalt als Grundlage einer ausreichenden Welternährung sichern.

Mit weiterem Wachstum der Weltbevölkerung und unter den Bedingungen des Klimawandels gewinnt die Frage an Bedeutung, wie auch in Zukunft in ausreichendem Maße gesunde Nahrungsmittel nachhaltig produziert werden können. Bereits heute haben weltweit etwa drei Milliarden Menschen keinen Zugang zu gesunder Ernährung. Eine entscheidende Rolle bei der Bewahrung der biologischen Vielfalt des Saatguts und der unterschiedlichen Nutzpflanzen spielt der „Globale Treuhandfonds für Nutzpflanzenvielfalt“ (Global Crop Diversity Trust – GCDT). Der 2004 gegründete GCDT ist heute in Bonn ansässig und als Stiftung internationalen Rechts organisiert. Mit unserem Antrag verfolgen wir das Ziel, den GCDT zu stärken und eine bessere Unterstützung dieses wichtigen Projekts durch die Bundesregierung sicherzustellen.

## 2. Sonstige Tagesordnungspunkte

### Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021).

In zweiter und dritter Lesung haben wir über den Vorschlag der Ampelkoalition für einen zweiten Nachtragshaushalt 2021 beraten. Die Koalition transferiert 60 Milliarden EUR an nicht genutzten Kreditermächtigungen aus dem Jahr 2021 in den Energie- und Klimafonds (EKF). Anstatt geringere Schulden zu machen, schafft sie sich damit einen Ausgabenpuffer für die nächsten Jahre. Dieser Trick dient einzig der Geldbeschaffung; die Haushaltsmittel sollen für die nächsten Jahre kurzfristig geparkt und bei Bedarf verfügbar gemacht werden. Ziel der Ampel ist es, die Schuldenregeln des Grundgesetzes zu umgehen: Mittelabflüsse aus dem EKF werden zukünftig nicht mehr auf die für die Schuldenbremse relevante Kreditaufnahme angerechnet. Durch diese kreditfinanzierte Rücklagenbildung werden haushaltsverfassungsrechtliche Grundsätze wie das Jährlichkeitsprinzip, das Wirtschaftlichkeitsgebot und die Haushaltsklarheit und -wahrheit in Frage gestellt.

### Beschluss des Deutschen Bundestages gemäß Artikel 115 Absatz 2 Satz 6 und 7 des Grundgesetzes.

Der Zweite Nachtragshaushalt 2021 sieht eine unveränderte Nettokreditaufnahme von 240,2 Milliarden Euro vor – bei teilweiser Umleitung nicht genutzter Kreditermächtigungen. Nach der Normalregelung der Schuldenbremse des Grundgesetzes wäre im Jahr 2021 allerdings nur eine maximale Nettokreditaufnahme von 31,3 Milliarden Euro zulässig. Damit kommt es im Jahr 2021 zu einer Überschreitung der Regelgrenze nach Art. 115 Abs. 2 und 3 des Grundgesetzes um rund 208,9 Milliarden Euro. Aus diesem Grund muss der Deutsche Bundestag erneut mit Kanzlermehrheit die Ausnahme von der Schuldenbremse gemäß Art. 115 Abs. 2 Satz 6 und 7 GG beschließen.

### Jahreswirtschaftsbericht 2021.

Ebenfalls haben wir den Jahreswirtschaftsbericht debattiert, den Bundeswirtschaftsminister Habeck im Bundestag vorstellt. In der Wirtschaftspolitik sind derzeit sowohl aktuelle, kurzfristige Herausforderungen (z.B. hohe Energiepreise, gestörte Lieferketten) als auch strukturelle Herausforderungen (z.B. Digitalisierung, Klimaschutz) zu bewältigen. Nur auf diese Weise können wir nachhaltiges Wachstum sichern. Die Konjunktur- und Inflationszahlen entwickeln sich derzeit weiter nachteilig. Es bleibt abzuwarten, inwieweit der erste Jahreswirtschaftsbericht der neuen Bundesregierung hier ausreichend Antworten gibt. Bisher stehen für das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz insbesondere die Klima- und Energiepolitik im Mittelpunkt. Es braucht darüber hinaus zügig neue wirtschaftspolitische Impulse für einen „Neustart“ der Wirtschaft nach Corona und einen anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung. Insbesondere sollten dabei Unternehmen – vor allem des Mittelstands – gezielt entlastet werden.

### Verlängerung des Mandats für den Irak-Einsatz der Bundeswehr (Anti-IS).

Aktiv unterstützen wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Fortsetzung dieses wichtigen Einsatzes, um die Stabilisierung im Irak zu sichern, um damit ein Wiedererstarken des IS zu verhindern und eine Versöhnung in Irak zu fördern. Ziel des deutschen Engagements im Irak ist es, durch einen vernetzten

Ansatz zu einer umfassenden und nachhaltigen Stabilisierung der Region beizutragen. Der deutsche militärische Beitrag dient dazu – in Ergänzung des deutschen und internationalen Stabilisierungsengagements – Erreichtes abzusichern, Fortschritte auszubauen und Rückschritte insbesondere im Kampf gegen den IS zu verhindern. Auch wenn wir CDU/CSU-Bundestagsfraktion kritisieren, dass Syrien aus dem Einsatzgebiet der Bundeswehr herausgenommen wird, stimmen wir dem Mandat zu. Das Mandat soll bis zum 31. Oktober 2022 verlängert werden, die personelle Höchstgrenze verbleibt bei 500 Soldaten.

## – Daten und Fakten –

### Wannsee-Konferenz im Januar 1942

**Am 20. Januar 1942 trafen sich hochrangige Vertreter des nationalsozialistischen Regimes in einer Villa am Berliner Wannsee.** Ziel der Konferenz war, zu koordinieren, wie die Ermordung der europäischen Juden auf Behördenebene möglichst effizient umgesetzt werden sollte. Das systematische Morden war zu diesem Zeitpunkt bereits von den Nationalsozialisten beschlossen und in vollem Gange. In der historischen Villa mit der Adresse Am Großen Wannsee 56-58 befindet sich heute die Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz. Sie bietet Führungen, Seminare und weitere Bildungsangebote an. (Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung)

Sollten Sie mehr über meine Arbeit in Berlin und in meiner Heimat Altötting/Mühldorf am Inn wissen wollen, schauen Sie doch einfach auf meiner persönlichen Webseite vorbei: [www.mayer-stephan.de](http://www.mayer-stephan.de). Dort finden Sie Aktuelles, Persönliches und sind immer bestens informiert!

Für Rückfragen stehe ich Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung und wünsche Ihnen weiterhin viel Freude beim Lesen.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr

Stephan Mayer

---

#### Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030-227-74932  
Fax: 030-227-76781

E-Mail: [stephan.mayer@bundestag.de](mailto:stephan.mayer@bundestag.de)  
Web: [www.mayer-stephan.de](http://www.mayer-stephan.de)